

Marschbefehl für die Politiker

Andreas Durisch über die erneute Redimensionierung der Schweizer Armee



Vor knapp einem Jahr sagte das Schweizer Volk überaus deutlich Ja zum neuen Militärgesetz und damit zur Armee XXI mit 140 000 aktiven Soldaten und 80 000 Reservisten. Jetzt plant die Armeespitze die nächste Reform. Danach soll das Heer auf 50 000 Elitesoldaten und rund 70 000 Reservisten abspecken. Die Frage stellt sich: Bekamen die

Stimmbürger am 18. Mai 2003 eine Mogelpackung vorgesetzt? Die jüngsten Revisionspläne aus dem Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport zeigen, dass die Konzeption der Armee XXI zumindest nicht gründlich genug angegangen worden war.

Die Gegner der Armeevorlage bekommen im Nachhinein Recht: Die Sozialdemokraten monierten, dass die neue Armee noch immer primär auf die Landesverteidigung im Sinn der Aktivdienst-Nostalgiker ausgerichtet und damit eben auch viel zu gross und unbezahlbar sei. Was nach Polemik von Armeeausschaffern riecht, ist in der Realität vom bürgerlich dominierten Parlament und der Landesregierung mit Sparbeschlüssen bereits mitgetragen worden. Der Armee fehlt es an Geld, das beklagen die Generäle bei jeder Gelegenheit. Und der anhaltende Spardruck ist der Grund für die nun angepeilte Halbierung der Armee. Damit kommt

die nächste Armeediskussion auf das Land zu mit den fundamentalen Fragen: Was bedroht die Schweiz? Welche Einsatzdoktrin gilt für die Schweizer Armee? Ist die Wehrgerechtigkeit noch gewährleistet, wenn bald die Hälfte der Schweizer keinen Militärdienst mehr leistet? Muss die allgemeine Wehrpflicht nicht abgeschafft oder ersetzt werden durch eine allgemeine Dienstpflicht, die zivile Aufgaben wie Altenpflege einschliesst?

Auf der Suche nach Antworten gilt es endgültig Abschied zu nehmen von geliebten Glaubenssätzen. Bei den rechten Traditionalisten zuallererst vom Dogma, dass die Schweiz durch eine fremde Armee bedroht werden könnte, weshalb eine Widerstands-Armee zur autonomen Verteidigung unserer Landesgrenze unverzichtbar bleibe. Ein wahrlich obsoletes Szenario im Jahr der EU- und Nato-Osterweiterung. Dem Prinzip «Sicherheit durch Kooperation» hat eine grosse Mehrheit an der Urne zugestimmt. Die (technische) Fähigkeit zur Zusammenarbeit der Schweiz mit der Nato, die so genannte Interoperabilität, ist gängige Praxis der Armee XXI.

Auf der linken Seite muss der Widerstand gegen die polizeimässigen Hilfseinsätze der Armee fallen. Hier ist der Einsatz der Armee seit dem Landesgeneralstreik 1918 und den Genfer Unruhen 1932 tabu. Die Sozial-

demokraten sträuben sich gegen den Einsatz der Armee am Rand von Grossveranstaltungen wie dem World Economic Forum, weil sie die Demonstrationsfreiheit oder mehr noch die Freiheit der Demonstranten bedroht sehen. Die SP will stattdessen eine kleine Profi-Armee; das Verteidigungsministerium möchte sie schrumpfen zu einem Bundesamt für Militär im Aussenministerium. Ein Konzept ebenso fern der heutigen Realität wie die Widerstands-Armee.

Über 400 000 Dienstage leistet das Militär voraussichtlich in diesem Jahr zu Gunsten der inneren Sicherheit. Objektschutz und Raumsicherung gewinnen angesichts terroristischer Bedrohung enorm an Bedeutung. Die Sicherung der Bahnstrecke zwischen St. Gallen und Genf im Nachgang einer Bombendrohung, um ein aktuelles Beispiel aus Spanien in die Schweiz zu übertragen, kann nicht Aufgabe

der Polizei allein sein. Genaue Vorstellungen über die künftige Aufgabenteilung zwischen Polizei und Armee existieren nicht. In Samuel Schmid's Departement wird jedoch bereits eine Zweiklassen-Armee skizziert mit gut gerüsteten Kampftruppen und Sicherungstruppen.

Die politische Debatte muss geführt werden, bevor die Generäle die Armee XXI planen. Ansonsten verliert die Armee noch mehr Rückhalt im Volk.

«Die Gegner der Armeevorlage bekommen Recht»
